

Bundshaushalt in Milliarden Euro

Ausgaben



Aufteilung 2005 in Mrd. Euro (Entwurf)



Quelle: BMF
dpa — Grafik 9617

INHALT

Laurenz Meyer:
Insolvenzen beweisen
Versagen von Rot-Grün
Seite 3

Zuwanderung
Gesetzentwurf trägt
Handschrift der Union
Seite 4

Interview mit
Angela Merkel
Niedriglohnssektor ist
die Antwort
Seite 5

Hans-Gert Pöttering zur
Benennung des EU-
Kommissionspräsidenten
Seite 9

Dokumentation
Ergebnisse der
Kommunalwahlen
Innenteil

Etat 2005

„Haushaltsentwurf ist ein Skandal“

Scharfe Kritik ertete Finanzminister Hans Eichel für seinen Haushaltsentwurf für 2005.

Einen „Skandal“, nannte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, das vom Kabinett verabschiedete Zahlenwerk. Merkel rügte vor allem Eichels

Plan, Bundesanteile an Telekom und Post zu verkaufen. Sie wies darauf hin, dass das Vermögen eigentlich dazu dienen sollte, die Pensionen für die Bediensteten der ehemaligen Staatsunternehmen zu finanzieren. Ein Verkauf der Anteile werde dazu führen, dass der Bund ▶

► in einigen Jahren die milliardenschweren Pensionszahlungen aus dem laufenden Haushalt bestreiten muss. „Das ist das blanke Gegenteil von Nachhaltigkeit“, so Merkel. Es sei ihr unbegreiflich, wie die Grünen, die immer von nachhaltiger Haushaltspolitik sprächen, so etwas mittragen könnten. Eichel müsse endlich zugeben, dass er keinen verfassungsmäßigen Haushalt hinbekommt, forderte die CDU-Parteichefin.

Eichels Entwurf sieht einen Ausgabenzuwachs um eine Milliarde auf 258,3 Milliarden Euro vor. Die Neuverschuldung liegt bei 22 Milliarden. Wegen des stetig wachsenden Schuldenbergs wird kommendes Jahr allein für Zinsen der Rekordbetrag von 41,3 Milliarden Euro ausgegeben werden.

Mit Sparkurs hat der Etatentwurf nichts mehr zu tun. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Aus-

termann, erklärte, Eichel werde mit dem Entwurf „vom Sparkommissar zum Konkursverwalter“. Außerdem werde der Finanzminister seinem künftigen Nachfolger auf diese Art „eine leere Kasse, einen riesigen Schuldenberg und ein beseitigtes Bundesvermögen“ übergeben. „Der Minister muss endlich mit dem Sparen anfangen“, so Austermann. Es könnten mindestens vier Milliarden Euro im Haushalt eingespart werden.

DIE KRITIKPUNKTE DER CDU AM HAUSHALTSENTWURF

- Er bedeutet keine Konsolidierung. Die Schulden werden weiter aufgebläht.
- Er ist auf Hoffnungswerte gegründet, die allenfalls in Teilen realisiert werden. Das heißt, das Wachstum wird niedriger ausfallen, die Steuer-, Privatisierungs- und Mauteinnahmen werden geringer sein und die Ausgaben für den Arbeitsmarkt höher liegen.
- Er bedeutet regelrechte Zukunftsverweigerung durch die Konzentration auf Staatskonsum statt auf In-

vestitionen. Die Investitionsausgaben werden um 2 Mrd. € (das sind 10 Prozent!) verringert, d.h. die Ausgaben für die Infrastruktur sinken dramatisch.

- Er verstößt gegen die verfassungsrechtlich verankerten Grundsätze von Haushaltswahrheit und – vollständigkeit und die Mastricht-Vorgaben.
- Er beeinträchtigt, wenn er nach dem Willen des Finanzministers abgearbeitet wird, die Kapitalmärkte (Verkauf von Aktien, Verkauf von For-

derungen, Ausverkauf von Bundesvermögen). Insgesamt werden seit 1999 über 100 Mrd. € Bundesvermögen verschertelt worden sein.

- Er verfolgt das Prinzip der verbrannten Erde. Der nachfolgenden Regierung werden Schuldenberge und leere Kassen hinterlassen.
- Er ignoriert die Zustimmungsbedürftigkeit einer Reihe von Maßnahmen (ERP-Transaktion, Eigenheimzulage, Beschlüsse Vermittlungsausschuss) und konterkariert den Subventionsabbau.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Insolvenzen beweisen Versagen von Rot-Grün

Zu den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Insolvenzzahlen für das 1. Quartal 2004 erklärt CDU-Generalsekretär **Laurenz Meyer:**

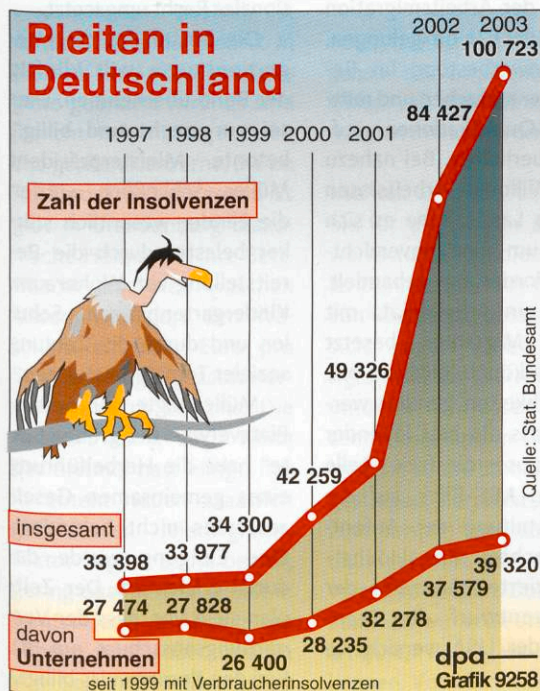
Pleitewelle und kein Ende. Alle zwölf Minuten ist im März ein Unternehmen in die Pleite gegangen – Tendenz steigend. Das ist die Folge einer wirtschaftsfeindlichen Politik dieser Bundesregierung. Planlosigkeit, Mutlosigkeit,

Ideenlosigkeit – unter diesen Vorzeichen setzt Rot-Grün die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft. Die Quittung zahlen Unternehmen und Arbeitslose.

Während Rot-Grün über die Ausbildungsplatzabgabe, die vermurkste Lkw-Maut und über neue Belastungen an der Zapfsäule schwadroniert, wird die Luft vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen immer dünner. Dass in der SPD jetzt neu

über Erbschafts- und Vermögenssteuer nachgedacht wird, zeugt gerade angesichts der Lage des Mittelstandes von totalem Realitätsverlust. Im übrigen darf sich niemand wundern, wenn bei 40.000 Pleiten 30.000 Ausbildungsplätze fehlen.

Die Folge: Die deutsche Wirtschaft gerät angesichts dieser Politik der Verunsicherung immer weiter in eine strukturelle Krise. Wir brauchen eine klare Politik mit Reformen beim Steuersystem, am Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungssystemen, damit Deutschland nicht komplett den Anschluss in Europa verliert.



MEHR INSOLVENZEN

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland ist im ersten Quartal 2004 leicht um 1,2 Prozent gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, wurden im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 9.867 Insolvenzfälle bei Unternehmen gezählt. Insgesamt wurden 28.118 Insolvenzfälle (plus 15,4 Prozent) gemeldet. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen stieg um über 40 Prozent auf 10.664 an.

Entwurf trägt Handschrift der Union

Nach langen Verhandlungen haben sich CDU, CSU und SPD auf einen Gesetzesentwurf zur Begrenzung und Steuerung von Zuwanderung geeinigt.

„Der gemeinsam von uns vertretene Text ist das Ergebnis einer schweren Geburt“, sagte der Verhandlungsführer der CDU, Peter Müller. Der saarländische Ministerpräsident betonte, verglichen mit der geltenden Rechtslage stelle der jetzt vorliegende Text eine „wesentliche Verbesserung dar“: Der Gesetzesentwurf bedeute „mehr Sicherheit, mehr Integration sowie bessere Möglichkeiten zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung“. Damit trage der Kompromiss „sehr deutlich die Handschrift der Union“.

Vor allem bringe die jetzt vorliegende Fassung „einen erheblichen Sicherheitsgewinn im Vergleich zur bisherigen Rechtslage“, betonte Peter Müller. Das gelte sowohl für die Regelungen zur Ausweisung und Abschiebung von Hasspredigern als auch für den Umgang mit Leitern verbotener extremistischer Organisationen. Außerdem habe die Union die Regelanfrage beim Verfassungsschutz nicht nur vor



Peter Müller

der Einbürgerung, sondern auch vor der Erteilung von Daueraufenthaltsrechten durchgesetzt.

Bei der Arbeitsmigration sei es der Union gelungen, den Anwerbestopp im Bereich der einfachen und mittleren Qualifikationen aufrechtzuerhalten. Bei nahezu fünf Millionen Arbeitslosen hier zu Lande habe es sich dabei um eine unverzichtbare Forderung gehandelt. Bevor ein Arbeitsplatz mit einem Migranten besetzt werden könne, müssten alle Möglichkeiten genutzt werden, dass ein hier lebender Arbeitsloser die freie Stelle erhalte. Mit Blick auf die Ausgestaltung der Aufenthaltsrechte für Höchstqualifizierte übertreffe der Gesetzesentwurf die Standards der USA, versicherte Müller.

Auch im Bereich der humanitären Zuwanderung sehe der vorliegende Text Statusverbesserungen vor allem für die Personen vor, die die Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland nicht durch eigenes schuldhaftes Handeln verursacht hätten. In diesen Fällen werde es künftig die Möglichkeit geben, Aufenthaltstitel und damit die Grundlage für Integration zu schaffen. Bei der nichtstaatlichen und geschlechtsspezifischen Verfolgung würden die EU-Richtlinien in nationales Recht umgesetzt.

Die Kosten für die Integrationskurse will künftig der Bund übernehmen. Dies sei nur „recht und billig“, betonte Ministerpräsident Müller. Schließlich würden die Länder wesentlich stärker belastet durch die Bereitstellung von Wohnraum, Kindergartenplätzen, Schulen und durch die Zahlung sozialer Transferleistungen.

Müller sagte, der „Selbstplatzverweis der grünen Seite“ habe die Herbeiführung eines gemeinsamen Gesetzestextes nicht behindert. Eine Einigung wurde dadurch erleichtert. Der Zeitplan sieht vor, dass der Vermittlungsausschuss am 30. Juni den Kompromiss billigt.

Angela Merkel in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (23.6.04)

Niedriglohnsektor ist die Antwort

HAZ: Frau Merkel, wie ver-scheucht man die neue deut-sche Depression? Immer mehr Menschen haben Angst um ihren Arbeitsplatz – neuer-dings sogar in Firmen oder Fabriken, die zwar schwarze Zahlen schreiben, aber viel-leicht durch Verlagerung ins Ausland noch profitabler zu betreiben wären.



Angela Merkel: In der Tat ist es inzwischen so, dass Tag für Tag rund 1000 Arbeitsplätze aus Deutschland verschwinden. Deshalb ist es Zeit, dass die Politik in diesem Land ganz grundlegend geändert wird. Es sind ja nicht mehr nur irgendwelche großen Konzerne, die im Ausland arbeiten lassen. Es gibt in Brandenburg diakonische Heime, die ihre Bettwäsche in Polen waschen lassen, weil dort den Wäschern ein paar Euro pro Stunde weniger gezahlt werden muss als bei uns. Die Antwort kann, auch wenn das erstmal hart klingt, nur in einem neuen staatlich geförderten Niedriglohnsektor liegen: Es ist besser, gering qualifizierte Arbeit in Deutschland zu niedrigeren Löhnen zu erlauben und sie von Seiten des Staates zu

unterstützen, statt auf hohen Löhnen zu beharren – und zuzusehen, wie die Jobs verschwinden.

HAZ: Aber kommt damit nicht genau das Lohndumping in Gang, vor dem die Gewerkschaften immer warnen?

Merkel: Ich habe Verständnis für die Sorgen der Gewerkschaften an dieser Stelle. Dennoch bin ich fest davon überzeugt, dass alle, die sich gegen einen Niedriglohnsektor sperren, noch umdenken müssen. Jahrzehntlang sind in Deutschland die Löhne immer weiter gestiegen, jahrzehntlang ist zum Beispiel auch der Kündigungsschutz immer mehr verstärkt worden. Doch jetzt kommen wir in Deutschland an einen Punkt, wo wir erkennen: Von alle diesem pro-

fitiert nur die schrumpfende Zahl derer, die Arbeit haben, und nicht die wachsende Zahl derer, die arbeitslos sind. Sozial ist das am Ende nicht. Zur sozialen Marktwirtschaft gehört auch, dass wir den Arbeitsmarkt erstmal als Markt begreifen, wo Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Wenn wir das nicht zulassen, auch durch eine neue Tarifpolitik, werden wir unser Beschäftigungsproblem nicht lösen.

HAZ: Aber heißt das nicht, dass die Lohnspirale sich dann nach unten dreht?

Merkel: Nicht auf Dauer. Wenn erst mal wieder mehr Menschen einen Job haben, gibt es über kurz oder lang auch wieder eine Verknappung von Arbeitskraft und damit ein Zurück zu höheren Löhnen – mit dem Unterschied, dass die Zahl der Beschäftigten dann größer ist und die Zahl der Langzeitarbeitslosen kleiner. Das entlastet zugleich die sozialen Sicherungssysteme und die Staatskassen.

HAZ: De facto würden dann aber viele arbeiten gehen für Löhne, die nur wenig über

dem Sozialhilfeniveau liegen. Ist das nicht ein Stück Amerikanisierung?

Merkel: Nein. Unser Sozialhilfesystem wird uns auch in Zukunft immer von Amerika unterscheiden. Wir dürfen dieses Sozialhilfesystem nur nicht überfordern und missbrauchen. Gerade dann, wenn wir die Zumutbarkeitsregelungen für die Annahme von Arbeit neu definieren, kann es in Deutschland einen neuen Konsens geben über eine Sozialhilfe für jene, die sich nicht selber helfen können.

HAZ: Frau Merkel, Sie halten ziemlich unbequeme Botschaften für die Menschen bereit, unbequemere noch als Gerhard Schröder mit seiner Agenda 2010. Wie kommt es eigentlich, dass trotzdem die SPD in Umfragen und Wahlen immer Prügel kriegt, während die Union so gut dasteht?

Merkel: Ich bleibe trotz aller guten Ergebnisse der letzten Zeit ein vorsichtiger Mensch. In Thüringen haben wir gesehen, wie knapp es werden kann, wenn die Union zum Beispiel eine absolute Mehrheit verteidigen will. Keine Wahl ist schon gewonnen, sondern muss neu erkämpft werden. Aber wir haben ein Problem nicht, das derzeit die Sozialdemokraten plagt: Sie

haben ihren Wählern schlicht und einfach falsche Versprechungen gemacht. Denken Sie mal an den Bundestagswahlkampf 1998 und daran, was von der SPD zu den Themen Renten, Gesundheit und Arbeitsmarkt gesagt wurde: Der demografische Faktor zur Dämpfung des Rentenanstiegs sollte nicht in Kraft treten, Eigenbeteiligungen im Gesundheitswesen sollten gesenkt, der Kündigungsschutz verstärkt werden. Erst versuchte man es mit Schritten in diese Richtung, und heute muss alles mehr als zurückgenommen werden. Jetzt fühlen sich erstens die Wähler verschaukelt, zweitens ist sich die eigene Truppe nicht einig. Die SPD hat eben die 16 langen Oppositionsjahre nicht genutzt, um intern die nötigen Konflikte auszutragen. Das muss sie jetzt schmerzhaft nachholen.

HAZ: So ganz einig ist Ihre Truppe auch nicht. Das von der CDU beschlossene System einheitlicher Prämien fürs Gesundheitswesen wurde soeben von Horst Seehofer als „Sympathiekiller“ verworfen. Ist es nicht wirklich schwierig, ein System durchzusetzen zu wollen, bei dem der Abteilungsleiter genauso viel bezahlen soll wie der Lehrling?

Merkel: Sie vergessen den

steuerfinanzierten Sozialausgleich, der zu diesem System dazugehört. Richtig ist, dass wir im Prinzip einheitliche Prämien für die Krankenversicherung wollen, derzeit wären das rund 200 Euro pro Monat. Auch wenn es auf den ersten Blick kompliziert aussieht: Den sozialen Ausgleich bekommen wir über die Steuer besser und gerechter hin als über Krankenkassenbeiträge, die mit dem Lohn wachsen. Derzeit zahlt zum Beispiel der privat versicherte Unternehmer überhaupt nichts ins solidarische Krankenversicherungswesen ein. Warum eigentlich nicht? Künftig wäre er über den steuerfinanzierten Sozialausgleich dabei. Entscheidend ist aber: Das Prämienmodell ist abgekoppelt von den Arbeitskosten. Wir sind das einzige Land in Europa, das noch immer alle Sozialabgaben als Lohnzusatzkosten organisiert. So können wir auf Dauer nicht weitermachen, wenn wir eine neue Beschäftigungswelle auslösen wollen. Die Niederländer sind bei der Rente zu steuerfinanzierten Modellen gekommen, in der Schweiz gibt es fürs Gesundheitswesen Lösungen, die unseren Plänen nahekommen.

HAZ: Aber wenn Sie das heutige Krankenversicherungssystem auf diese Weise auflösen,

ist das schon mehr als eine Reform. Es ist der Abschied von Prinzipien, die immerhin seit Bismarck gegolten haben...

Merkel: Die Welt hat sich aber auch verändert seit Bismarck. Wir müssen endlich begreifen, dass die herkömmliche Nationalökonomie heute an ihre Grenzen stößt. Es gibt das Internet, alles ist mobil geworden. Mit dem starren bürokratischen Regelwerk, das wir heute in Deutschland haben, werden wir auf Dauer im europäischen Binnenmarkt der mittlerweile 25 Staaten nicht mithalten können, geschweige denn im globalen Wettbewerb. Deutschland muss sich vorbereiten auf den Übergang zu einer Wis-

sensgesellschaft, in der ganz neue Anforderungen gestellt werden – an Flexibilität ebenso wie an wissenschaftliche Exzellenz. Die Biotechnologie wird voraussichtlich zur Schlüsseltechnologie dieses Jahrhunderts, die über Armut oder Reichtum der Völker entscheidet. Und was tun wir? Wir reden nur über die Gefahren der Gentechnik und sehen ansonsten sprachlos zu, wie sich viele auf diesem Feld tätige Forscher und Firmen aus Deutschland verabschieden. Und einem Softwareentwickler, der mehr als zehn Stunden an neuen Programmen brüht, sagen wir, jetzt verstößt er aber gegen die deutsche Arbeitszeitverordnung. Auf diese

Art werden wir den Herausforderungen der Zukunft nicht gerecht. Es geht hier um Umbrüche historischer Art, wie beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Und die geschichtliche Erfahrung zeigt: Je länger wir uns aus kurzfristigen Motiven heraus abschotten wollen gegenüber neuen Entwicklungen, desto größer ist die Gefahr, dass unser Wohlstand langfristig in Gefahr gerät. Die Depression, um auf Ihre Eingangsfrage zurückzukommen, verscheuchen wir nur, indem wir uns bewusst von altem Denken trennen und uns einlassen auf das Neue.

HAZ: Frau Merkel, wir danken Ihnen für das Gespräch.

EUROPA ERHÄLT GRÜNDUNGSURKUNDE

Mit der EU-Verfassung werden Visionen Wirklichkeit. Das wiedervereinigte Europa erhält eine Gründungsurkunde, die 25 Staaten zu einer politischen Union verbindet. Der Geist der europäischen Integration hat sich bei den Beratungen schlussendlich durchgesetzt.

Wesentliche Anliegen der Union finden sich im Verfassungstext wieder.



Peter Hintze

Wir haben eine bessere Kompetenzabgrenzung, eine transparentere und effizientere europäische Gesetzgebung und eine Stärkung des Europäischen Parlaments. Die Preisstabilität konnte als EU-Ziel verteidigt werden.

In Deutschland wollen wir die Mitwirkungsrechte des Bundestages an den europäischen Entscheidungen stärken. So muss der Deutsche Bundestag das Recht bekommen, über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu entscheiden.

Peter Hintze ist der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Laurenz Meyer:

Die Bundesregierung lenkt von den wahren Problemen ab

Zu dem von der Bundesregierung und der Wirtschaft unterzeichneten Ausbildungspakt erklärt CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer:

Müntefering ist mit seinem Prestigeprojekt Ausbildungsplatzabgabe für's Erste vor die Wand gelaufen. Sinnvoll wäre es, das Vorhaben endgültig zu beerdigen. Denn das absurde Projekt hat nicht dazu beigetragen, das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Politik dieser Regierung zu stärken. Es ist zu befürchten, dass die bisher schon abwartende Position in Teilen



der Wirtschaft nicht beseitigt wird. Verbesserungen der Ausbildungssituation werden sich auch mit Unterstützung der Wirtschaftsverbände nur dann einstellen, wenn sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nachhaltig ver-

bessern. Solange 40.000 Unternehmen jährlich angesichts der Politik dieser Bundesregierung schließen müssen, ist es nicht verwunderlich, dass 30.000 Ausbildungsplätze fehlen.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sollten endlich auf eine Politik für mehr Wachstum setzen. Nur eine Politik für Wachstum und Arbeit mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen für Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt, Reformen bei Sozialversicherungen und Steuern kann eine nachhaltige Verbesserung der Ausbildungssituation bringen.

GEBÜHRENERHÖHUNG BEGRENZEN

Zur Diskussion über die Rundfunkgebühren erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medienpolitik der CDU Deutschlands, Günther H. Oettinger:

Der CDU-Bundesfachausschuss Medienpolitik unterstützt die Zielrichtung der Ministerpräsidenten, eine maßvolle Anpas-

sung der Rundfunkgebühren deutlich unter einem Euro ab 1.4.2005 anzustreben. Der Bundesfachausschuss unterstützt die Bestrebungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten, dazu weitere Einsparpotenziale entlang der Selbstverpflichtungen umzusetzen. Nach der Ministerpräsidentenkonferenz zeigt sich deut-

lich, dass es sich lohnt, aufeinander zuzugehen und eine Lösung im Konsens anzustreben. Ich bin zuversichtlich, dass zu der Oktober-MPK ein zustimmungsfähiger Vorschlag für einen Staatsvertragsentwurf vorgelegt werden kann, der eine sozialverträgliche Rundfunkgebührenerhöhung vorsieht.

Hans-Gert Pöttering:

Arroganz der Macht wird für Schröder und Fischer zum Bumerang

Zur Benennung des Kommissionspräsidenten erklärte Hans-Gert Pöttering, Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands und Fraktionsvorsitzender der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament:

Die jetzt beschlossene Europäische Verfassung sieht vor, dass die EU-Staats- und Regierungschefs „unter Berücksichtigung“ des Ergebnisses der Europawahlen dem Europäischen Parlament einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vorschlagen.

Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer haben trotzdem die Kandidatur des belgischen Ministerpräsidenten Verhofstadt betrieben, dem Wahlverlierer der Liberalen Partei in Flandern.

Die Christdemokraten im Europäischen Parlament, die EVP-ED Fraktion, sind mit großem Abstand die stärkste Fraktion geblieben.

Bereits 1999 ist bei der Zusammensetzung der Kommission der Wählerwille missachtet worden. Auch jetzt sollte dieses wieder ge-



schehen. Deswegen ist es konsequent, dass unsere EVP-Parteienfamilie Verhofstadt verhindert hat.

Als Verhofstadt die Felle davon schwammen, hat er angeboten, den belgischen Widerstand gegen den Gottesbezug in der Verfassung aufzugeben. Gott gegen Verhofstadt! Welche

Prinzipienlosigkeit und Anmaßung!

Bundeskanzler Schröder hat davon gesprochen, dass „machtpolitische Blockaden und parteipolitische Interessen nicht aufgehen werden“. Schröder und Fischer wollten einen linksliberalen Kommissionspräsidenten, einen sozialistischen „Superkommissar“ für Wirtschaft und einen sozialistischen Außenminister (Javier Solana hat unsere volle Unterstützung).

Jeder Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten, der nicht das Wahlergebnis repräsentiert, wird im Europäischen Parlament unseren entschiedenen Widerstand hervorrufen.

WAHLANALYSEN IM INTERNET

Ab sofort bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung aktuelle Analysen, Trends und Hintergründe zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen im Internet an. Unter <http://wahlen.kas.de> sind bereits am Tag nach der Wahl aktuelle Wahlanalysen einsehbar. Wer hat warum welche

Partei gewählt? Wählerwanderungsbilanzen und das Wahlverhalten in sozialstrukturellen Gruppen können hier einen ersten Anhaltspunkt bieten. Das Angebot umfasst außerdem Wahlergebnisse von Bundes-, Landtags- und Europawahlen von 1946 bis heute.

Angela Merkel:

Gratulationsschreiben zum 80. Geburtstag von Rainer Barzel

Sehr geehrter Herr Barzel,

zur Vollendung Ihres 80. Lebensjahres übermittle ich Ihnen persönlich wie auch im Namen der CDU Deutschlands meine herzlichsten Glückwünsche.

Meine Gratulation gilt einem herausragenden Politiker, der nach den Erfahrungen von Gewaltherrschaft und Krieg die junge Demokratie der Bundesrepublik Deutschland mit aufgebaut und in den Jahren des Umbruchs von 1967 bis 1973 an entscheidender Stelle mitgeprägt hat.

Aus dem katholischen Jugendbund Neu-Deutschland stammend, fanden Sie schon früh Ihre politische Heimat in der CDU. Dem christlich-sozialen Pfeiler unserer Partei haben Sie Lebenskraft und Profil gegeben. Besonders in schwieriger Zeit machten Sie sich um die Union verdient, als es Ihnen nach dem Verlust der Regierungsverantwortung im Jahre 1969 gelang, der Partei Orientierung und Mut zu geben und sie zu einer schlagkräftigen Opposition zu formen.



Rainer Barzel

Sie dienten unserem Land in wichtigen politischen Ämtern: 30 Jahre lang waren Sie Mitglied des Deutschen Bundestags, fast zehn Jahre lang Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und zwei Jahre Vorsitzender der CDU Deutschlands.

Sie waren Bundesminister und schließlich Bundestagspräsident. Die Würde und Autorität Ihres Auftretens kennzeichneten stets den beispielgebenden Stil Ihrer Amtsführung. Besonders möchte ich Ihnen für Ihr beharrliches Eintreten für die Freiheit der Deutschen im Osten und die staatliche Einheit unseres Landes danken. Die Wiedervereinigung Deutschlands in einem geeinten Europa

gehört auch zu Ihrem politischen Lebenswerk.

Wegen Ihrer strategischen Kompetenz, Führungs- und Integrationskraft werden Sie weit über die Grenzen der eigenen Partei hinaus geschätzt. Sie sind ein aufrechter und streitbarer Demokrat, der für seine Überzeugung stets auch dann eingetreten ist, wenn es unbequem war. Niemals haben Sie sich nur in den Fragen und Entscheidungsnotwendigkeiten der Tagespolitik erschöpft, sondern sich immer mit den Grundwerten unserer Gesellschaft auseinandergesetzt und Beiträge zu einer Politik formuliert, die über den Tag hinausweist.

Heute, an Ihrem Ehrenstag, wünsche ich Ihnen festliche Stunden im Kreise Ihrer Familie und Ihrer Gäste. Für die Zukunft wünsche ich Ihnen Wohlergehen, Zufriedenheit und Freude, vor allem aber eine gute Gesundheit und Gottes Segen.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

Partnerschaft von Politik und Film fördern – Wert geistigen Eigentums stärken

Anlässlich des 6. Film-Empfangs der CDU Deutschlands am 18. Juni 2004 betonte Angela Merkel, wie wichtig der Dialog zwischen Politik und Film ist.

Vor Vertretern der Filmbranche und den kultur- und medienverantwortlichen Experten der Union kündigte die Parteivorsitzende an, dass sich die CDU auch weiterhin für die Belange der deutschen Filmwirtschaft einsetzen werde. Aufgrund der aktuellen Entwicklung bei der Erstellung illegaler Raubkopien und dem illegalen Herunterladen von Filmen und Musik aus dem Internet, „ist vor allem die Stärkung geistigen Eigentums eines der vorrangigen filmpolitischen Ziele der CDU“.

Als positives Zeichen wurde die im Vergleich zum Vorjahr wachsende Besucherzahl deutscher Filme von insgesamt 25,3 Millionen gewertet. Für die Schauspielerin und Präsidentin der Deutschen Filmakademie, Senta Berger, gibt es hier allerdings noch Möglichkeiten zur Steigerung: „Der Marktanteil deutscher Produktionen ist entschieden zu wenig und hängt ohnehin nur mit dem

verregneten Sommer zusammen.“ Der deutsche Film sei „Ausdruck unserer Kultur“ und „wirtschaftlicher Faktor“ zu-

gleich. Die gebürtige Wienerin forderte deshalb vor allem die konsequente Förderung der deutschen Kinos. Zwar sei das Ziel, „dass deutsche Filme überhaupt entstehen“ erreicht, jedoch müssten diese auch gezeigt werden. Zu sagen, dass es genug sei, wenn Filme entstehen, wäre gleichbedeutend mit der Aussage: „es reicht, dass es Opern gibt“.

Der Film müsse nach französischem Vorbild wieder zu einer „culture exceptionelle“ werden – jedoch ohne Quoten, sondern durch entsprechende Belohnung. „Wir müssen uns mit dem deutschen Film identifizieren“, war eine der Kernaussagen des filmpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und bekannten Cineasten Bernd



Neumann: „Was kann die Politik für den Film tun? Sie kann für vernünftige Rahmenbedingungen sorgen, die die Wettbewerbslage des deutschen Films verbessern. Das ist ebenso wichtig wie finanzielle Filmförderung.“

Ab 2005 wird die Filmakademie den Deutschen Filmpreis, den höchst dotierten deutschen Kulturpreis vergeben. Bisher war eine unabhängige Jury für die Verleihung verantwortlich. Aus diesem Grund richtete sich Bernd Neumann mit einem Appell an Senta Berger. Auch in Zukunft dürfe die Verleihung des Deutschen Filmpreises nicht von Eigeninteressen beeinflusst sein. Junge und unbekannte Filmschaffende müssten weiterhin die gleiche Chance auf eine Auszeichnung haben.

Themenoffensive der CDU Berlin

Wirtschaft + Bildung = Zukunft

Unmittelbar nach der Europawahl will die Berliner CDU verstärkt die inhaltliche Arbeit für ein Alternativprogramm zum rot-roten Senat fortsetzen.

Der Landesvorstand hat daher die Themen-Offensive „Wirtschaft + Bildung = Zukunft“ gestartet. „Eine Lehre aus dem Berliner Europawahlergebnis ist, dass die Union ihr inhaltliches Profil deutlicher machen muss. Wirtschaft und Bildung sind hier Schlüsselthemen“, sagte der CDU-Generalsekretär Gerhard Lawrentz. Während die SPD in diesen Feldern jämmerlich versage, müsse die



Gerhard Lawrentz

CDU jetzt ein glaubwürdiges Angebot erarbeiten. „Das werden wir jetzt sofort in Angriff nehmen“, so Lawrentz.

An der Themen-Offensive können sich wie im vergangenen Jahr auch Nicht-

Mitglieder aktiv beteiligen und als Themen-Vertreter aus den Berliner Bezirken sogar mitentscheiden. Diesmal sind hierbei besonders Mittelständler, Freiberufler, Gewerbetreibende, Eltern, Lehrer, Schüler und Studenten gefragt. Für die Dauer der Themen-Offensive werden zudem zahlreiche Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit Fachleuten angeboten.

Im November dieses Jahres soll dann ein CDU-Landesparteitag über die Programmbausteine zur Wirtschaftspolitik, Schul- und Hochschulpolitik beschließen.

BRANDENBURG: WAHLPROGRAMM EINSTIMMIG BESCHLOSSEN

Die Brandenburger CDU hat auf ihrem 17. Landesparteitag in Potsdam das Programm für die bevorstehende Landtagswahl einstimmig beschlossen. Das am 19. Juni verabschiedete Strategiepapier enthält sowohl eine Bilanz der seit 1999 bestehenden großen Koalition mit der SPD als auch Ziele für eine Regierungszeit 2004 bis 2009. Unter dem Schlagwort „gesagt, getan“

stellt die Brandenburger CDU den Versprechen des vergangenen Wahlkampfes die wirtschaftlichen Erfolge der aktuellen Legislaturperiode gegenüber. Fazit: Insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und der Familienpolitik ging es in den vergangenen Jahren deutlich aufwärts. Künftige Schwerpunkte sieht die CDU bei der Förderung des Mittelstands und in der Bildungs-

politik. „Für mehr Leistung – gegen Gleichmacherei“ lautet das Motto der Christdemokraten. Es geht um bessere Schulen und bessere Bildungspolitik im Land. Der Unterricht müsse sich am erfolgreichen Modell Sachsens orientieren. Am 19. September wählen die Brandenburger einen neuen Landtag. Das Regierungsprogramm finden Sie auf www.cdu-brandenburg.de.

Saarland

Weichen für Landtagswahl gestellt

Mit der fast einstimmigen Wahl von Ministerpräsident Peter Müller zum Spitzenkandidaten hat die Saar-CDU die Weichen für die Landtagswahl in elf Wochen gestellt.

Die 400 Delegierten wählten den Landesvorsitzenden mit 97,4 Prozent der Stimmen auf Platz eins der Landesliste. Auf den Listenplätzen folgten die saarländische Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sowie die Landesvorsitzenden der Jungen Union und der Christlich-Demokrati-



schen Arbeitnehmerschaft, Alexander Funk und Ullrich Schacht.

Mit einer kämpferischen Rede schwor Müller seine Partei auf den Wahlkampf ein. Unter dem Motto „Fortsetzung folgt“ strebt die Regierungspartei bei der Wahl am 5. September eine zwei-

te Legislaturperiode mit absoluter Mehrheit an. Müller kündigte die Fortsetzung des massiven Sparkurses an. Die CDU habe das Land „in einer schwierigen Zeit nach vorn gebracht“, bilanzierte Müller die bisherige Regierungsarbeit: „Wir behaupten nicht, dass wir alle Probleme gelöst hätten.“ Aber die Wachstumsrate sei auf mehr als fünf Prozent gestiegen, rund 41 000 neue Arbeitsplätze seien geschaffen worden und im bundesweiten Vergleich bei der Arbeitslosenquote sei das Land vom neunten auf den fünften Rang geklettert.

Als Gastredner ging der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber hart mit der Bundesregierung ins Gericht. Zwar habe Müller im Saarland bewiesen, „dass man eine Abwärtsspirale aufhalten kann“. Die Rahmenbedingungen seien jedoch von der „abgewrackten Bundesregierung“ negativ bestimmt.

ZWEIDRITTEL-MEHRHEIT IN ST. WENDEL

Ein rekordverdächtiges Ergebnis bei den saarländischen Kommunalwahlen erreichte der Kreisverband St. Wendel. Erstmals in der Geschichte der CDU Saar ist es gelungen, mit St. Wendel in einem Landkreis eine Zweidrittel-Mehrheit der Mandate zu erzielen und das 55-Prozent-Ergebnis der letzten Wahl auf 61,1 Prozent zu steigern – 14,1 Prozent über dem Landesschnitt. In allen acht Gemeinden des Kreises ist die CDU nun stärkste Fraktion. Beson-

ders spektakulär ist das Ergebnis in der Kreisstadt St. Wendel, wo es gelungen ist, noch einmal auf nun 80,1 Prozent zuzulegen. Insgesamt gehören jetzt rund 40 der 66 Ortsvorsteher der CDU an. „Wer beim letzten Mal dachte, das Ergebnis sei nicht mehr zu toppen, hat erkannt: Es ist getoppt worden. Ein Traumergebnis und deutlicher Vertrauensbeweis für unsere bürgernahe und sachorientierte Arbeit,“ zeigte sich der Kreisvorsitzende Hans Ley zufrieden.

Verbrannte Erde – Bundesvermögen verschleudert

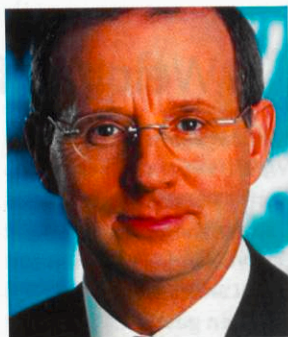
Stellungnahme zur Kabinettsentscheidung zum Haushalt 2005:

Der Haushalt 2005 ist eine einzige Farce. Er wird nicht besser, indem man ihn schön redet, wie es der Hasardeur Eichel permanent versucht. Selbst die Grünen erklären, dass an diesem Haushaltsentwurf noch wesentliche Änderungen vorgenommen werden müssen. Noch nie hat ein Bundesfinanzminister ein derartiges Flickwerk dem Kabinett vorgelegt. Der Haushalt 2005 wird genauso enden wie die vorherigen Haushalte, die Hans Eichel zu verantworten hatte: mit weiter steigenden Schulden im absoluten Haushaltsdesaster.

Der Gipfel der Unseriosität sind die eingestellten Privatisierungserlöse von rd. 15,5 Mrd. €. Zusammen mit den für 2004 vorgesehenen Privatisierungseinnahmen von rd. 10 Mrd. € ist das ein Volumen von 25,5 Mrd. €, das im Wesentlichen durch den Verkauf von Anteilen an der Post und der Telekom erzielt werden soll. Das ist ein rein virtuelles Vorhaben, denn diesen Veräußerungserlösen steht überhaupt kein

angemessenes Vermögen des Bundes mehr gegenüber. Die für dieses beispiellose Vorgehen gefundene Sprachregelung, es handele sich um eine „umfassende Staatsmodernisierung“, ist geradezu grotesk. In Wahrheit soll das letzte Tafelsilber des Bundes zu Lasten zukünftiger Generationen verschert werden. Aus dem Verkauf der Post- und Telekomanteile sollten ursprünglich die Pensionen der Bediensteten der ehemaligen Staatsunternehmen finanziert werden. Wenn Eichel diese Mittel nun zum Stopfen von Haushaltslöchern heranzieht, dann muss er das Postprivatisierungsgesetz ändern. Das geht sicher nicht ohne die Zustimmung des Bundesrates.

Die Schuldzuweisungen, die Opposition hätte durch eine Blockadehaltung Einsparungen im Bundeshaushalt verhindert, entbehren jeglicher Grundlage. Richtig ist, dass es gemeinsame Beschlüsse im Vermittlungsausschuss gegeben hat, die im Übrigen auch zu einer wesentlichen Reduzierung der Eigenheimzulage geführt haben. An diese Beschlüsse hält Eichel sich nicht, wenn er die Kohleförderung dramatisch erhöht und gleichzeitig die Ostförderung willkürlich nach un-



Dietrich Austerermann

ten fährt. Gleiches gilt für die erneut vorgesehenen Belastungen der Landwirtschaft von 550 Mio. €.

Neben dem Prinzip Hoffnung basiert der Etatentwurf auf dem Prinzip Täuschung. Der Ausgleich für die Kommunen für die Mehrbelastungen bei den Unterkunftskosten fällt mit 1,8 Mrd. € weit hinter die Versprechungen Clements zurück. Dass der Zuschuss an die Bundesagentur zu niedrig angesetzt wird, hat bereits Tradition. Die geplanten 3,5 Mrd. € dürften angesichts der stagnierenden Arbeitslosigkeit nicht ausreichen. Der Ansatz bei den Kohlesubventionen von 1,65 statt der geplanten 2,1 Mrd. € ist keine tatsächliche Reduzierung der Kohlesubventionen. In Wirklichkeit werden 450 Mio. € ins nächste Jahr verschoben und führen dann zu einer entsprechenden Erhöhung der

Steinkohlenförderung, die ab 2006 mit rd. 2,2 Mrd. € bis zum Jahr 2013 auf dem gleichen Niveau weiter geführt werden soll. Das ganze nennt Rot-Grün „Subventionsabbau“.

Die Haushaltsstruktur verschlechtert sich dramatisch. Die Investitionen des Bundes sinken um 2 Mrd. € bei einer gleichzeitigen Steigerung der Gesamtausgaben um 1 Mrd. € (9 Mrd. € seit 2002!). Die Investitionsquote des Bundes erreicht mit 8,8% einen historischen Tiefstand! Die Verkehrsinvestitionen sinken im Vergleich zu 2004 um 500 Mio. € auf 8,9 Mrd. €, die viel beschworene Innovationsoffensive findet nicht statt. Der Forschungsetat ist auf dem Stand von 2003 eingefroren worden. Der Ansatz für Verteidigung macht die 2. Bundeswehrreform unmöglich.

Der Anspruch Eichels, der Bund würde seinen Beitrag dazu leisten, die 3%-Defizitgrenze im kommenden Jahr zu unterschreiten, hat sich durch den Haushaltsentwurf überholt. Die darin eingestellten Privatisierungserlöse sind nicht relevant für die Berechnung des 3%-Kriteriums. d.h. mit 37,5 Mrd. € Verschuldung ist der Bund auch 2005 klar der Verursacher für die er-

neute Nichterfüllung des Maastricht-Kriteriums.

Der Haushalt 2005 kommt nur deshalb zustande, weil Rot-Grün eine Politik der verbrannten Erde betreibt und einer Nachfolgeregierung leere Kassen hinterlässt.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktionssprecher.

Luftsicherheitsgesetz wird zum Stück aus dem Tollhaus

Erklärung zur 2./3. Lesung des Gesetzes zur Neuregelung von Luftsicherheitsaufgaben:

Im Ziel sind sich Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion einig: Die Sicherheit im Luftverkehr muss verbessert werden und die Gefahr vor Anschlägen soweit als möglich reduziert werden. Damit endet aber auch schon die Übereinstimmung.

Die Bundesregierung hat es in fast dreijähriger Arbeit nicht fertig gebracht, dem Deutschen Bundestag ein inhaltlich stringentes, verfassungsrechtlich eindeutiges und handwerklich gelungenes Luftsicherheitsgesetz vorzulegen. Im Gegenteil. Das rot-grüne Luftsicherheitsgesetz ist eines der

schlechtesten und unzureichendsten Gesetze, das diese Bundesregierung in dieser Legislaturperiode vorgelegt hat.

Unter Verfassungsrichtlern ist unumstritten, dass er im Gesetz geregelte Einsatz der Bundeswehr im Innern – im schlimmsten Falle darf die Bundesluftwaffe eine entführte Zivilmaschine abschießen – im Grundgesetz zumindest klargestellt werden muss. Die Koalition verweigert diese Klarstellung, weil der grüne Koalitionspartner es nicht will.

Die Grünen tragen auch die Verantwortung dafür, dass sich riesige Sicherheitslücken im Gesetz auftun:

In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hat die Bundesregierung am vergangenen Wochenende einen Änderungskatalog erarbeitet, der nur ein Ziel hatte: Dieses Gesetz gegenüber dem Bundesrat zustimmungsfrei zu machen. Der kleine Koalitionspartner fürchtet sich offensichtlich davor, wie beim Zuwanderungsgesetz, in einem Vermittlungsverfahren nicht mehr gefragt zu werden.

Um den Preis der Zustimmungsfreiheit war diese Regierung sogar bereit, neue Sicherheitslücken in Kauf zu nehmen: Personen, die an Flughäfen arbeiten, sollen von Bundes- und Landes-



Hartmut Koschyk



Clemens Binninger

chen Grundlagen, es fehlt ihm an Klarheit und es steckt voller Widersprüche. Bei Sicherheit darf man nicht auf halbem Wege stehen bleiben.

Hartmut Koschyk

ist der innenpolitische Fraktionssprecher, **Clemens Binninger** der zuständige Berichterstatter.



Klaus W. Lippold



Dirk Fischer

behörden überprüft werden. Der alte Gesetzentwurf sah vor, dass diese Behörden, sofern sie nachträglich Erkenntnisse über zu überprüfende Personen erhalten, verpflichtet werden, diese Erkenntnisse der Luftsicherheitsbehörde mitzuteilen. Genau diese Verpflichtung wurde von Rot-Grün nun gestrichen! Die Landesbehörden sind zukünftig nicht mehr verpflichtet, nachträglich sicherheitsrelevante Erkenntnisse über Flughafenbeschäftigte zu melden.

Und es kommt noch schlimmer: Den Landesverfassungsschutzämtern wird das Recht genommen, Daten über solche Personen, weil man sie z. B. dem islamistischen Umfeld zuordnet, in gemeinsame Dateien von Bund und Ländern einzuspeisen.

Zusammen mit weiteren Lücken und Schwächen lässt sich nur ein Fazit ziehen: Dieses Gesetz wird nicht lange Bestand haben. Es fehlt an allem: An Sicherheit, an verfassungsrechtli-

Haushalt 2005 führt Infrastruktur weiter ins Abseits

Zum Etat 2005 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

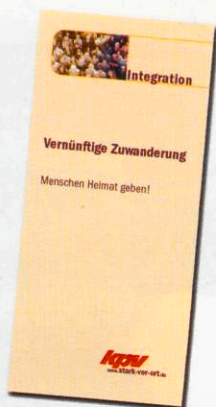
Der Haushalt 2005 löst kein einziges Problem der Verkehrsinfrastruktur und des Städte- und Wohnungsbaus. Er führt im Gegenteil die Infrastruktur in Deutschland weiter ins Abseits.

Der Verkehrsetat ist mit immensen Risiken und Unsicherheiten versehen. Die 10,8 Mrd. €, die angeblich für Verkehrsweegeinvestitionen zur Verfügung stehen, existieren bislang nur auf dem Papier. Alleine 2,5 Mrd. € sind erwartete Einnahmen aus der Lkw-Maut, für deren Inkrafttreten zum 1. Januar 2005 noch immer niemand die Garantie übernimmt. Eine weitere Milliarde entfällt auf erhoffte Privatisierungs-

erlöse. Die Ansätze im Städtebau und Wohnungswesen werden nicht annähernd den aktuellen Herausforderungen gerecht. Die wachsenden städtebaulichen Folgen des Bevölkerungsrückgangs in wirtschaftsschwachen Regionen einerseits und der anhaltend hohe Druck auf dem Wohnungsmarkt in prosperierende Ballungsregionen andererseits sind unübersehbar. Der Haushalt beugt sich jedoch auch hier der fehlenden Durchsetzungskraft von Minister Stolpe.

Der von Rot-Grün bereits in den vergangenen Jahren eingeleitete Kahlschlag bei den Infrastrukturinvestitionen wird damit weiter fortgesetzt. Für einen Abbau des riesigen Investitionsstaus gibt es keine Chance; an eine Lösung der Instandhaltungskrise ist nicht zu denken.

Klaus W. Lippold ist der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, **Dirk Fischer** ist verkehrspolitischer Fraktionssprecher.



Leporello „Vernünftige Zuwanderung“

Bestell-Nummer: **2927**
 Preis je 100 Stück: **15,00 €**
 inkl. MwSt.: 16,05 €



Broschüre „Demographischer Wandel: Für eine zukunftsfähige Kommunalpolitik“

Bestell-Nummer: **5162**
 Preis je 25 Stück: **6,94 €**
 inkl. MwSt.: 7,43 €



ID-Band KPV „www.stark-vor-ort.de“

weißes Band mit kunststoffschnappverschluss und Karabinerhaken

Größe 90 cm x 2 cm

Bestell-Nummer: **9078**
 Preis je 10 Stück: **10,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,60 €



Bierdeckel

Bestell-Nummer: **9292**

Preis je 600 Stück: **15,90 €**

inkl. MwSt.: 18,44 €



CDU-Spritztiere

Bestell-Nummer: **9559**

Preis je 30 Stück: **15,00 €**

inkl. MwSt.: 17,40 €



Wasserball

Bestell-Nummer: **9873**

Preis je 10 Stück: **13,00 €**

inkl. MwSt.: 15,08 €

RESTPOSTEN!

Reflektorenarmband für Hand- und Fußgelenk

Bei Sport und Spiel ein nützlicher Begleiter für die Straße

Bestell-Nummer: **9740**

Preis je 12 Stück: **12,00 €**

inkl. MwSt.: 13,92 €



Kleiner Ball – in 2 versch. Farben

20 Bälle im Netz inkl. einer Ballpumpe.

Bestell-Nummer: **9823**Preis je 20 Stück: ~~105,00 €~~ **25,88 €**inkl. MwSt.: ~~122,90 €~~ **29,99 €****Sommerpack**

Der ideale Begleiter für einen Ausflug. Bestehend aus: Stoffbeutel, eine Thermoskanne mit zwei Bechern.

Bestell-Nummer: **9025**Komplettpreis: **6,00 €**

inkl. MwSt.: 6,96 €



UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Sommerplakat

„Vergessen Sie mal Rot-Grün, Schönen Sommer!“

DIN A1

Bestell-Nummer: **7667**

Preis je 50 Stück: **21,00 €**

inkl. MwSt.: 24,36 €

DIN A0

Bestell-Nummer: **7668**

Preis je 50 Stück: **39,00 €**

inkl. MwSt.: 45,24 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentru
Postfach 1162, 33759 Versm
Telefax 0 52 41-8 04 18 92
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de